

Inhalt

§ 1 Allgemeines, Geltungsbereich	2
§ 2 Angebot, Angebotsunterlagen.....	2
§ 3 Preise, Zahlungsbedingungen	3
§ 4 Lieferzeit, Lieferverzug.....	4
§ 5 Leistung, Lieferung, Gefahrübergang, Annahmeverzug	4
§ 6 Qualität, Dokumentation	5
§ 7 Mängeluntersuchung, Gewährleistung	5
§ 8 Produkthaftung, Freistellung, Haftpflichtversicherungsschutz	6
§ 9 Schutzrechte Dritter.....	7
§ 10 Lieferantenregress	7
§ 11 Verjährung	8
§ 12 Ersatzteile	8
§ 13 Eigentumsvorbehalt, Beistellung, Werkzeuge, Geheimhaltung	8
§ 14 Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen	9
§ 15 Exportkontrolle, Einfuhrbestimmungen	9
§ 16 Abtretung.....	10
§ 17 Anwendbares Recht, Gerichtsstand, Erfüllungsort, salvatorische Klausel.....	10
§ 18 Datenschutz	11

Soweit in den nachstehenden Allgemeinen Einkaufsbedingungen (nachfolgend „Einkaufsbedingungen“) die Worte „wir“, „uns“ oder „unsere“ etc. erscheinen, bezeichnet dies jeweils das Unternehmen exaKT Hydraulik GmbH, das dem Lieferanten den Lieferauftrag erteilt hat.

§ 1 Allgemeines, Geltungsbereich

1. Unsere Einkaufsbedingungen gelten nur gegenüber Unternehmen gemäß § 310 Abs. 4 BGB sowie Körperschaften des Öffentlichen Rechts und öffentlich-rechtlichen Sondervermögen.
2. Unsere Einkaufsbedingungen gelten ausschließlich; entgegenstehende oder von unseren Einkaufsbedingungen abweichende Bedingungen des Lieferanten erkennen wir nicht an, es sei denn, wir hätten ausdrücklich schriftlich ihrer Geltung zugestimmt. Unser Schweigen auf derartige abweichende Bedingungen gilt insbesondere nicht als Anerkennung oder Zustimmung, auch nicht bei zukünftigen Verträgen. Unsere Einkaufsbedingungen gelten an Stelle etwaiger Allgemeiner Geschäftsbedingungen des Lieferanten auch dann, wenn wir in Kenntnis entgegenstehender oder von unseren Einkaufsbedingungen abweichender Bedingungen des Lieferanten die Lieferung des Lieferanten vorbehaltlos annehmen oder wir nach Hinweis des Lieferanten auf die Geltung seiner Allgemeinen Geschäftsbedingungen bestellen, es sei denn wir haben ausdrücklich auf die Geltung unserer Einkaufsbedingungen verzichtet. Der Ausschluss der Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Lieferanten gilt auch dann, wenn diese Einkaufsbedingungen zu einzelnen Regelungspunkten keine Sonderregelung enthalten. Der Lieferant erkennt durch Annahme unserer Bestellung ausdrücklich an, dass er auf seinen aus den Allgemeinen Geschäftsbedingungen abgeleiteten Rechtseinwand verzichtet.
3. Alle Vereinbarungen, die zwischen uns und dem Lieferanten zwecks Ausführung dieses Vertrages getroffen werden, sind schriftlich niederzulegen.
4. Unsere Einkaufsbedingungen gelten auch für zukünftige Geschäfte, selbst wenn wir im Einzelfall nicht darauf Bezug nehmen sollten.
5. Im Einzelfall getroffene, individuelle Vereinbarungen mit dem Lieferanten (einschließlich Nebenabreden, Ergänzungen und Änderungen) haben in jedem Fall Vorrang vor diesen Einkaufsbedingungen. Für den Inhalt derartiger Vereinbarungen ist, vorbehaltlich des Gegenbeweises, ein schriftlicher Vertrag bzw. unsere schriftliche Bestätigung maßgebend.
6. Rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen des Lieferanten in Bezug auf den Vertrag (z.B. Fristsetzung, Mahnung, Rücktritt) sind schriftlich, d.h. in Schrift- oder Textform (z.B. Brief, E-Mail, Telefax) abzugeben. Gesetzliche Formvorschriften und weitere Nachweise insbesondere bei Zweifeln über die Legitimation des Erklärenden bleiben unberührt.
7. Unsere Mitarbeiter sind nicht berechtigt, Vertragsinhalte zu ergänzen oder hiervon abzuweichen. Dies gilt nicht für unsere Organe und Prokuristen sowie für die von diesen hierzu bevollmächtigten Personen.
8. Hinweise auf die Geltung gesetzlicher Vorschriften haben nur klarstellende Bedeutung. Auch ohne eine derartige Klarstellung gelten daher die gesetzlichen Vorschriften, soweit sie in diesen Einkaufsbedingungen nicht unmittelbar abgeändert oder ausdrücklich ausgeschlossen werden.

§ 2 Angebot, Angebotsunterlagen

1. Unsere Bestellung gilt frühestens mit schriftlicher Abgabe oder Bestätigung als verbindlich. Auf offensichtliche Irrtümer (z.B. Schreib- und Rechenfehler) und Unvollständigkeiten der Bestellung einschließlich der Bestellunterlagen hat uns der Lieferant zum Zwecke der Korrektur bzw. Vervollständigung vor Annahme hinzuweisen; ansonsten gilt der Vertrag als nicht geschlossen.
2. Der Lieferant ist gehalten, unsere Bestellung innerhalb einer Frist von 7 Werktagen schriftlich zu bestätigen oder insbesondere durch Versendung der Ware vorbehaltlos auszuführen (Annahme).

3. Wir sind berechtigt, Zeit und Ort der Lieferung, sowie die Art der Verpackung jederzeit durch schriftliche Mitteilung mit einer Frist von mindestens 10 Werktagen vor dem vereinbarten Liefertermin zu ändern. Gleiches gilt für Änderungen von Produktspezifikationen, soweit diese im Rahmen des normalen Produktionsprozesses des Lieferanten ohne erheblichen Zusatzaufwand umgesetzt werden können, wobei in diesen Fällen die Anzeigefrist nach dem vorstehenden Satz mindestens 20 Werktage beträgt. Wir werden dem Lieferanten die jeweils durch die Änderung entstehenden, nachgewiesenen und angemessenen Mehrkosten erstatten. Haben solche Änderungen Lieferverzögerungen zur Folge, die sich nicht im normalen Produktions- und Geschäftsbetrieb des Lieferanten mit zumutbaren Anstrengungen vermeiden lassen, verschiebt sich der ursprünglich vereinbarte Liefertermin entsprechend. Der Lieferant wird uns die von ihm bei sorgfältiger Einschätzung zu erwartenden Mehrkosten oder Lieferverzögerungen rechtzeitig vor dem Liefertermin, mindestens jedoch innerhalb von 10 Werktagen nach Zugang unserer Mitteilung gemäß Satz 1 schriftlich anzeigen.
4. Wir sind berechtigt, den Vertrag jederzeit durch schriftliche Erklärung unter Angabe des Grundes zu kündigen, wenn wir die bestellten Produkte in unserem Geschäftsbetrieb aufgrund von nach Vertragsschluss eingetretenen Umständen nicht mehr verwenden können. Dem Lieferanten werden wir in diesem Fall die von ihm erbrachte Teilleistung vergüten.
5. An unseren Abbildungen, Zeichnungen, Berechnungen und sonstigen Unterlagen behalten wir uns Eigentums- und Urheberrechte vor; sie dürfen Dritten ohne unsere ausdrückliche schriftliche Zustimmung nicht zugänglich gemacht werden. Sie sind ausschließlich für die Fertigung aufgrund unserer Bestellung zu verwenden. Dritten gegenüber sind sie geheim zu halten.

§ 3 Preise, Zahlungsbedingungen

1. Der in der Bestellung ausgewiesene Preis ist bindend. Mangels abweichender schriftlicher Vereinbarung schließt der Preis Lieferung „frei Haus“ einschließlich Verpackung ein. Die Rückgabe der Verpackung bedarf besonderer Vereinbarung.
2. Alle Preise verstehen sich einschließlich gesetzlicher Umsatzsteuer, wenn diese nicht gesondert ausgewiesen ist. Die gesetzliche Mehrwertsteuer ist im Preis nicht enthalten. Sofern im Einzelfall nicht etwas anderes vereinbart ist, schließt der Preis alle Leistungen und Nebenleistungen des Lieferanten (z.B. Montage, Einbau) sowie alle Nebenkosten (z.B. ordnungsgemäße Verpackung, Transportkosten einschließlich eventueller Transport- und Haftpflichtversicherung) ein.
3. Rechnungen können wir nur bearbeiten, wenn diese - entsprechend den Vorgaben in unserer Bestellung - die dort ausgewiesene Bestellnummer angeben; für alle wegen Nichteinhaltung dieser Verpflichtung entstehenden Folgen ist der Lieferant verantwortlich, soweit er nicht nachweist, dass er diese nicht zu vertreten hat.
4. Wir bezahlen, sofern nichts anderes schriftlich vereinbart ist, den Kaufpreis innerhalb von 14 Tagen, gerechnet ab vollständiger Lieferung und Leistung (einschließlich einer ggf. vereinbarten Abnahme) sowie Zugang einer ordnungsgemäßen Rechnung, mit 3 % Skonto oder innerhalb von 60 Tagen nach Rechnungserhalt netto. Bei Banküberweisung ist die Zahlung rechtzeitig erfolgt, wenn unser Überweisungsauftrag vor Ablauf der Zahlungsfrist bei unserer Bank eingeht; für Verzögerungen durch die am Zahlungsvorgang beteiligten Banken sind wir nicht verantwortlich.
5. Wir schulden keine Fälligkeitszinsen. Bei Zahlungsverzug schulden wir Verzugszinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz gemäß § 247 BGB.

6. Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte sowie die Einrede des nicht erfüllten Vertrages stehen uns in gesetzlichem Umfang zu. Wir sind insbesondere berechtigt, fällige Zahlungen zurückzuhalten, solange uns noch Ansprüche aus unvollständigen oder mangelhaften Leistungen gegen den Lieferanten zustehen.
7. Der Lieferant hat ein Aufrechnungs- oder Zurückbehaltungsrecht nur wegen rechtskräftig festgestellter oder unbestrittener Gegenforderungen.

§ 4 Lieferzeit, Lieferverzug

1. Die in der Bestellung angegebene Lieferzeit ist bindend. Vorzeitige Lieferungen sind nicht ohne Absprache zulässig.
2. Der Lieferant ist verpflichtet, uns über jegliche drohende oder eingetretene Nichteinhaltung eines Liefertermins, deren Ursachen und die voraussichtliche Dauer der Verzögerung unverzüglich schriftlich in Kenntnis zu setzen. Der Eintritt des Lieferverzugs bleibt davon unberührt.
3. Erbringt der Lieferant seine Leistung nicht oder nicht innerhalb der vereinbarten Lieferzeit oder kommt er in Verzug, so bestimmen sich unsere Rechte – insbesondere auf Rücktritt und Schadensersatz – nach den gesetzlichen Vorschriften. Insbesondere sind wir berechtigt, nach fruchtlosem Ablauf einer angemessenen Frist Schadensersatz, statt der Leistung zu verlangen. Verlangen wir Schadensersatz, steht dem Lieferanten das Recht zu, auch nachzuweisen, dass er die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat. Die Regelungen in Abs. 4 bleiben unberührt.
4. Im Falle des Lieferverzuges sind wir – neben weitergehenden gesetzlichen Ansprüchen – berechtigt, für jede Woche der Verzögerung der Lieferung eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,5 % des Auftragswerts geltend zu machen (ohne Umsatzsteuer), jedoch ist die Vertragsstrafe begrenzt auf 5 % des Gesamtauftragswerts (ohne Umsatzsteuer). Die Vertragsstrafe kann neben der Erfüllung verlangt werden. Schadensersatzansprüche statt und neben der Leistung sowie das Recht zum Rücktritt vom Vertrag bleiben unberührt. Die Vertragsstrafe ist aber auf einen etwa von uns geltend gemachten Verzögerungsschaden anzurechnen. Im Fall der Erfüllung der Lieferpflichten können wir den Vorbehalt der Geltendmachung der Vertragsstrafe bis zur Fälligkeit der Schlusszahlung erklären.

§ 5 Leistung, Lieferung, Gefahrübergang, Annahmeverzug

1. Der Lieferant ist ohne unsere vorherige schriftliche Zustimmung nicht berechtigt, die von ihm geschuldete Leistung durch Dritte (z.B. Subunternehmer) erbringen zu lassen. Der Lieferant trägt das Beschaffungsrisiko für seine Leistungen, wenn nicht im Einzelfall etwas anderes vereinbart ist (z.B. Beschränkung auf Vorrat).
2. Die Lieferung erfolgt „frei Haus“ an den in der Bestellung angegebenen Ort. Ist der Bestimmungsort nicht angegeben und nichts anderes vereinbart, so hat die Lieferung an unseren Geschäftssitz zu erfolgen. Der jeweilige Bestimmungsort ist auch der Erfüllungsort für die Lieferung und eine etwaige Nacherfüllung (Bringschuld). Der Lieferant ist verpflichtet, für eine angemessene Transportversicherung zu sorgen. Mit Wegfall der SVS / RVS zum 30. Juni 1998 sind gegebenenfalls abgegebene Erklärungen zum Verbotskunden / partiellen Verbot nicht mehr gültig. Seit dem 1. Juli 1998 sind wir Verzichtskunde in der Speditionsvereinbarung.
3. Der Lieferung ist ein Lieferschein unter Angabe von Datum (Ausstellung und Versand), Inhalt der Lieferung (Artikelnummer und Anzahl) sowie unserer Bestellkennung (Datum und Nummer) beizulegen. Fehlt der Lieferschein oder ist er unvollständig, so haben wir hieraus resultierende Verzögerungen der Bearbeitung und Bezahlung nicht zu vertreten.

4. Die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung der Sache geht mit Übergabe am Erfüllungsort auf uns über. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, ist diese für den Gefahrübergang maßgebend. Auch im Übrigen gelten bei einer Abnahme die gesetzlichen Vorschriften des Werkvertragsrechts entsprechend. Der Übergabe bzw. Abnahme steht es gleich, wenn wir uns im Annahmeverzug befinden.
5. Für den Eintritt unseres Annahmeverzuges gelten die gesetzlichen Vorschriften. Der Lieferant muss uns seine Leistung aber auch dann ausdrücklich anbieten, wenn für eine Handlung oder Mitwirkung unsererseits (z.B. Beistellung von Material) eine bestimmte oder bestimmbare Kalenderzeit vereinbart ist. Geraten wir in Annahmeverzug, so kann der Lieferant nach den gesetzlichen Vorschriften Ersatz seiner Mehraufwendungen verlangen (§ 304 BGB). Betrifft der Vertrag eine vom Lieferanten herzustellende, unvertretbare Sache (Einzelfertigung), so stehen dem Lieferanten weitergehende Rechte nur zu, wenn wir uns zur Mitwirkung verpflichtet und das Unterbleiben der Mitwirkung zu vertreten haben.
6. Der Lieferant ist ohne unsere vorherige schriftliche Zustimmung zu Teillieferungen nicht berechtigt.
7. Die Gefahr geht, auch wenn Versendung vereinbart worden ist, erst auf uns über, wenn uns die Ware an dem vereinbarten Bestimmungsort übergeben wird.

§ 6 Qualität, Dokumentation

1. Der Lieferant hat für seine Lieferungen die anerkannten Regeln der Technik, die Sicherheitsvorschriften und die vereinbarten technischen Daten einzuhalten.
2. Wir sind berechtigt, nach schriftlicher Voranmeldung während der üblichen Arbeitszeiten die Einhaltung dieser Richtlinien im Werk des Lieferanten durch unsere Beauftragten zu prüfen.

§ 7 Mängeluntersuchung, Gewährleistung

1. Für unsere Rechte bei Sach- und Rechtsmängeln der Ware (einschließlich Falsch- und Minderlieferung sowie unsachgemäßer Montage, mangelhafter Montage-, Betriebs- oder Bedienungsanleitung) und bei sonstigen Pflichtverletzungen durch den Lieferanten gelten die gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.
2. Nach den gesetzlichen Vorschriften haftet der Lieferant insbesondere dafür, dass die Ware bei Gefahrübergang auf uns die vereinbarte Beschaffenheit hat. Als Vereinbarung über die Beschaffenheit gelten jedenfalls diejenigen Produktbeschreibungen, die – insbesondere durch Bezeichnung oder Bezugnahme in unserer Bestellung – Gegenstand des jeweiligen Vertrages sind oder in gleicher Weise wie diese Einkaufsbedingungen in den Vertrag einbezogen wurden. Es macht dabei keinen Unterschied, ob die Produktbeschreibung von uns, vom Lieferanten oder vom Hersteller stammt.
3. Durch Abnahme oder durch Billigung von vorgelegten Mustern oder Proben verzichten wir nicht auf Gewährleistungsansprüche.
4. Abweichend von § 442 Abs. 1 BGB stehen uns Mängelansprüche uneingeschränkt auch dann zu, wenn uns der Mangel bei Vertragsschluss infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben ist.
5. Die für die kaufmännische Untersuchungs- und Rügepflicht gelten die gesetzlichen Vorschriften (§§ 377, 381 HGB) mit folgender Maßgabe: Unsere Untersuchungspflicht beschränkt sich auf Mängel, die bei unserer Wareneingangskontrolle unter äußerlicher Begutachtung einschließlich der Lieferpapiere offen zu Tage treten (z.B. Transportbeschädigungen, Falsch- und

Minderlieferung) oder bei unserer Qualitätskontrolle im Stichprobenverfahren erkennbar sind. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, besteht keine Untersuchungspflicht. Im Übrigen kommt es darauf an, inwieweit eine Untersuchung unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls nach ordnungsgemäßem Geschäftsgang tunlich ist. Unsere Rügepflicht für später entdeckte Mängel bleibt unberührt. Unbeschadet unserer Untersuchungspflicht gilt unsere Rüge (Mängelanzeige) jedenfalls dann als unverzüglich und rechtzeitig, wenn sie innerhalb von 7 Arbeitstagen ab Entdeckung bzw., bei offensichtlichen Mängeln, ab Lieferung abgesendet wird.

6. Falls wir einen Mangel der gelieferten Produkte feststellen, sind wir berechtigt, für die Prüfung des Produkts und das Erstellen eines Prüfberichts eine pauschale Gebühr von 100,-- € zuzüglich Umsatzsteuer zu erheben. Dies schließt die Geltendmachung höherer Kosten für Prüfung und Untersuchung gelieferter fehlerhafter Ware unter dem Gesichtspunkt des Schadensersatzes nicht aus.
7. Zur Nacherfüllung gehört auch der Ausbau der mangelhaften Ware und der erneute Einbau, sofern die Ware ihrer Art und ihrem Verwendungszweck gemäß in eine andere Sache eingebaut oder an eine andere Sache angebracht wurde. Unser gesetzlicher Anspruch auf Ersatz entsprechender Aufwendungen bleibt unberührt. Die zum Zwecke der Prüfung und Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen trägt der Lieferant auch dann, wenn sich herausstellt, dass tatsächlich kein Mangel vorlag. Unsere Schadensersatzhaftung bei unberechtigtem Mängelbeseitigungsverlangen bleibt unberührt; insoweit haften wir jedoch nur, wenn wir erkannt oder grob fahrlässig nicht erkannt haben, dass kein Mangel vorlag.
8. Unbeschadet unserer gesetzlichen Rechte und der Regelungen gilt: Kommt der Lieferant seinen Verpflichtungen zur Nacherfüllung nicht nach – nach unserer Wahl durch Beseitigung des Mangels (Nachbesserung) oder durch Lieferung einer mangelfreien Sache (Ersatzlieferung) – innerhalb einer von uns gesetzten, angemessenen Frist nicht nach, so können wir den Mangel selbst beseitigen und vom Lieferanten Ersatz der hierfür erforderlichen Aufwendungen bzw. einen entsprechenden Vorschuss verlangen. Ist die Nacherfüllung durch den Lieferanten fehlgeschlagen oder für uns unzumutbar (z.B. wegen besonderer Dringlichkeit, Gefährdung der Betriebssicherheit oder drohendem Eintritt unverhältnismäßiger Schäden) bedarf es keiner Fristsetzung; von derartigen Umständen werden wir den Lieferanten unverzüglich, nach Möglichkeit vorher, unterrichten.
9. Im Übrigen sind wir bei einem Sach- oder Rechtsmangel nach den gesetzlichen Vorschriften zur Minderung des Kaufpreises oder zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt. Außerdem haben wir nach den gesetzlichen Vorschriften Anspruch auf Schadens- und Aufwendungsersatz.
10. Mit dem Zugang unserer schriftlichen Mängelanzeige beim Lieferanten ist die Verjährung von Gewährleistungsansprüchen gehemmt, bis der Lieferant unsere Ansprüche ablehnt oder den Mangel für beseitigt erklärt oder sonst die Fortsetzung von Verhandlungen über unsere Ansprüche verweigert. Bei Ersatzlieferung und Mängelbeseitigung beginnt die Gewährleistungsfrist für ersetzte und nachgebesserte Teile erneut, es sei denn, wir mussten nach dem Verhalten des Lieferanten davon ausgehen, dass dieser sich nicht zu der Maßnahme verpflichtet sah, sondern die Ersatzlieferung oder Mängelbeseitigung nur aus Kulanzgründen oder ähnlichen Gründen vornahm.

§ 8 Produkthaftung, Freistellung, Haftpflichtversicherungsschutz

1. Sofern Dritte Schadensersatzansprüche gestützt auf Produkthaftpflicht gegen uns geltend machen, ist der Lieferant verpflichtet, uns insoweit auf erste Anforderung von solchen Ansprüchen Dritter freizustellen, als die Ursache in seinem Herrschafts- und Organisationsbereich gesetzt ist und er im Außenverhältnis selbst haftet. Dies ist insbesondere der Fall, sofern die Ursache des vorhandenen oder behaupteten Mangels in den von dem Lieferanten gelieferten Produkten liegt oder der

Lieferant es unterlassen hat, uns auf etwaige Risiken hinzuweisen, die mit der Verwendung und dem Einbau der vom Lieferant gelieferten Produkte verbunden sind. Die Anwendbarkeit von § 254 BGB wird hierdurch nicht ausgeschlossen. Diese Freistellungsverpflichtung gilt nicht, soweit der Anspruch auf grober fahrlässiger oder vorsätzlicher Pflichtverletzung unsererseits beruht.

2. Im Rahmen seiner Freistellungsverpflichtung hat der Lieferant Aufwendungen gem. §§ 683, 670 BGB zu erstatten, die sich aus oder im Zusammenhang mit einer Inanspruchnahme Dritter einschließlich von uns durchgeführter Rückrufaktionen ergeben. Über Inhalt und Umfang von Rückrufmaßnahmen werden wir den Lieferanten – soweit möglich und zumutbar – unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Weitergehende gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt. Die Geltung von § 254 BGB wird nicht ausgeschlossen.
3. Der Lieferant verpflichtet sich, eine Produkthaftpflicht-Versicherung mit einer Deckungssumme von 10 Mio. € pro Personenschaden/Sachschaden - pauschal - zu unterhalten; stehen uns weitergehende Schadensersatzansprüche zu, so bleiben diese unberührt.

§ 9 Schutzrechte Dritter

1. Der Lieferant steht dafür ein, dass durch die von ihm gelieferten Produkte keine Schutzrechte Dritter in Ländern der europäischen Union oder anderen Ländern, in denen er die Produkte herstellt oder herstellen lässt, verletzt werden.
2. Werden wir von einem Dritten dieser halb in Anspruch genommen, so ist der Lieferant verpflichtet, uns auf erstes schriftliches Anfordern von diesen Ansprüchen freizustellen; wir sind nicht berechtigt, mit dem Dritten ohne Zustimmung des Lieferanten diesbezügliche Vereinbarungen zu treffen, insbesondere einen Vergleich abzuschließen.
3. Die Freistellungspflicht des Lieferanten bezieht sich auf alle Aufwendungen, die uns aus oder im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme durch einen Dritten notwendigerweise erwachsen.
4. Unsere weitergehenden gesetzlichen Ansprüche wegen Rechtsmängeln der an uns gelieferten Produkte bleiben unberührt. Ansprüche aus Rechtsmängeln verjähren 36 Monate nach Gefahrübergang.
5. § 254 BGB findet Anwendung.

§ 10 Lieferantenregress

1. Unsere gesetzlich bestimmten Regressansprüche innerhalb einer Lieferkette (Lieferantenregress gemäß §§ 445a, 445b, 478 BGB) stehen uns neben den Mängelansprüchen uneingeschränkt zu. Wir sind insbesondere berechtigt, genau die Art der Nacherfüllung (Nachbesserung oder Ersatzlieferung) vom Lieferanten zu verlangen, die wir unserem Abnehmer im Einzelfall schulden. Unser gesetzliches Wahlrecht (§ 439 Abs. 1 BGB) wird hierdurch nicht eingeschränkt.
2. Bevor wir einen von unserem Abnehmer geltend gemachten Mangelanspruch (einschließlich Aufwendungsersatz gemäß §§ 445a Abs. 1, 439 Abs. 2 und 3 BGB) anerkennen oder erfüllen, werden wir den Lieferanten benachrichtigen und unter kurzer Darlegung des Sachverhalts um schriftliche Stellungnahme bitten. Erfolgt eine substantiierte Stellungnahme nicht innerhalb angemessener Frist und wird auch keine einvernehmliche Lösung herbeigeführt, so gilt der von uns tatsächlich gewährte Mangelanspruch als unserem Abnehmer geschuldet. Dem Lieferanten obliegt in diesem Fall der Gegenbeweis.
3. Unsere Ansprüche aus Lieferantenregress gelten auch dann, wenn die mangelhafte Ware durch uns oder einen anderen Unternehmer, z.B. durch Einbau in ein anderes Produkt, weiterverarbeitet wurde.

§ 11 Verjährung

1. Die wechselseitigen Ansprüche der Vertragsparteien verjähren nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.
2. Abweichend von § 438 Abs. 1 Nr. 3 BGB beträgt die allgemeine Verjährungsfrist für Mängelansprüche 3 Jahre ab Gefahrübergang. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, beginnt die Verjährung mit der Abnahme. Die 3-jährige Verjährungsfrist gilt entsprechend auch für Ansprüche aus Rechtsmängeln, wobei die gesetzliche Verjährungsfrist für dingliche Herausgabeansprüche Dritter (§ 438 Abs. 1 Nr. 1 BGB) unberührt bleibt; Ansprüche aus Rechtsmängeln verjähren darüber hinaus in keinem Fall, solange der Dritte das Recht – insbesondere mangels Verjährung – noch gegen uns geltend machen kann.
3. Die Verjährungsfristen des Kaufrechts einschließlich vorstehender Verlängerung gelten – im gesetzlichen Umfang – für alle vertraglichen Mängelansprüche. Soweit uns wegen eines Mangels auch außervertragliche Schadensersatzansprüche zustehen, gilt hierfür die regelmäßige gesetzliche Verjährung (§§ 195, 199 BGB), wenn nicht die Anwendung der Verjährungsfristen des Kaufrechts im Einzelfall zu einer längeren Verjährungsfrist führt.

§ 12 Ersatzteile

1. Der Lieferant ist verpflichtet, Ersatzteile zu den an uns gelieferten Produkten für einen Zeitraum von mindestens 15 Jahren nach der Lieferung vorzuhalten.
2. Beabsichtigt der Lieferant, die Produktion von Ersatzteilen für die an uns gelieferten Produkte einzustellen, wird er uns dies unverzüglich nach der Entscheidung über die Einstellung mitteilen. Diese Entscheidung muss – vorbehaltlich des Absatzes 1 – mindestens 12 Monate vor der Einstellung der Produktion liegen.

§ 13 Eigentumsvorbehalt, Beistellung, Werkzeuge, Geheimhaltung

1. Sofern wir Teile beim Lieferanten beistellen, behalten wir uns hieran das Eigentum vor. Verarbeitung und Umbildung durch den Lieferanten werden für uns vorgenommen. Wird unsere Vorbehaltsware mit anderen, uns nicht gehörenden Gegenständen verarbeitet, so erwerben wir das Miteigentum an der neuen Sache im Verhältnis des Wertes unserer Sache (Einkaufspreis zuzüglich Mehrwertsteuer) zu den anderen verarbeitenden Gegenständen zur Zeit der Verarbeitung.
2. Wird die von uns beigestellte Sache mit anderen, uns nicht gehörenden Gegenständen untrennbar vermischt, so erwerben wir das Miteigentum an der neuen Sache im Verhältnis des Wertes der Vorbehaltsache (Einkaufspreis zuzüglich Mehrwertsteuer) zu den anderen vermischten Gegenständen zum Zeitpunkt der Vermischung. Erfolgt die Vermischung in der Weise, dass die Sache des Lieferanten als Hauptsache anzusehen ist, so gilt als vereinbart, dass der Lieferant uns anteilig Miteigentum überträgt; der Lieferant verwahrt das Alleineigentum oder das Miteigentum für uns.
3. An Werkzeugen behalten wir uns das Eigentum vor; der Lieferant ist verpflichtet, die Werkzeuge ausschließlich für die Herstellung der von uns bestellten Waren einzusetzen. Der Lieferant ist verpflichtet, die uns gehörenden Werkzeuge zum Neuwert auf eigene Kosten gegen Feuer-, Wasser- und Diebstahlsschäden zu versichern. Gleichzeitig tritt der Lieferant uns schon jetzt alle Entschädigungsansprüche aus dieser Versicherung ab; wir nehmen die Abtretung hiermit an. Der Lieferant ist verpflichtet, an unseren Werkzeugen etwa erforderliche Wartungs- und Inspektionsarbeiten sowie alle Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten auf eigene Kosten rechtzeitig durchzuführen. Etwaige Störfälle hat er uns sofort anzuzeigen; unterlässt er dies

schuldhaft, so bleiben Schadensersatzansprüche unberührt. Der Lieferant ist verpflichtet, die in unserem Eigentum stehenden Werkzeuge an uns auf erste Anforderung herauszugeben. Im Verhältnis zu uns gilt der Lieferant hinsichtlich solcher Werkzeuge als Besitzdiener, ein eigenes Recht zum Besitz steht ihm hieran nicht zu. Etwaige Zurückbehaltungsrechte des Lieferanten an solchen Werkzeugen sind – gleich aus welchem Rechtsgrund – ausgeschlossen.

4. Der Lieferant ist verpflichtet, alle erhaltenen Abbildungen, Zeichnungen, Berechnungen und sonstigen Unterlagen und Informationen strikt geheim zu halten. Dritten dürfen sie nur mit unserer ausdrücklichen Zustimmung offengelegt werden. Die Geheimhaltungsverpflichtung gilt auch nach Abwicklung dieses Vertrages; sie erlischt, wenn und soweit das in den überlassenen Abbildungen, Zeichnungen, Berechnungen und sonstigen Unterlagen enthaltene Fertigungswesen allgemein bekannt geworden ist.
5. Soweit die uns gemäß Absatz 1 und/oder Absatz 2 zustehenden Sicherungsrechte den Einkaufspreis aller unserer noch nicht bezahlten Vorbehaltswaren um mehr als 10 % übersteigt, sind wir auf Verlangen der Lieferanten zur Freigabe der Sicherungsrechte nach unserer Wahl verpflichtet.

§ 14 Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen

1. Der Lieferant hat im Zusammenhang mit jedem Liefergegenstand oder jeder erbrachten Leistung für die Einhaltung aller gesetzlichen Vorschriften, Verordnungen und sonstigen Regelungen, insbesondere alle sicherheits- und umweltrelevanten Bestimmungen zu sorgen. Insbesondere sind bei allen Lieferungen die Vorschriften der europäischen Richtlinien einzuhalten.
2. Der Lieferant ist verpflichtet, für jeden einzelnen Liefergegenstand in jeder Hinsicht die Anforderungen und Verpflichtungen im Zusammenhang mit Stoffverboten entsprechend gesetzlichen Bestimmungen und Verordnung einzuhalten. Dies gilt insbesondere für Anforderungen und Verpflichtungen der REACH-Verordnung EG Nr. 1907/2006, der RoHS Richtlinie RL 2011/65 EU in ihrer jeweils geltenden Fassung, einschließlich der jeweiligen Änderungen und Ergänzungen, und deren Umsetzung in nationales Recht durch die Mitgliedsstaaten der EU. Auf unsere Anforderung wird der Lieferant uns schriftliche produktspezifische Konformitätserklärungen zur Verfügung stellen, welche auch gegenüber unseren Kunden gelten und die wir an unsere Kunden weiterreichen können.
3. Der Lieferant ist verpflichtet, einschlägige Exportbeschränkungen einzuhalten und uns über etwaige Genehmigungspflichten bei (Re-)Exporten seiner Ware gemäß deutschen, europäischen und US amerikanischen Aus- und Zollbestimmungen sowie den Aus- und Zollbestimmungen des Ursprungslandes seiner Waren unverzüglich bei der Bestellung schriftlich zu informieren. Der Lieferant wird uns alle zusätzlichen Kosten sowie sonstige Schäden ersetzen, die uns aufgrund unvollständiger oder falscher Informationen entstehen, soweit er diese zu vertreten hat.

§ 15 Exportkontrolle, Einfuhrbestimmungen

1. Der Lieferant erkennt an und verpflichtet sich, im Falle einer beabsichtigten Bereitstellung von Informationen, Produkten, Waren, Materialien, Dienstleistungen oder Technologie (nachfolgend als Güter bezeichnet) an uns, von denen der Lieferant Kenntnis oder, nach sorgfältiger Überprüfung, Grund zur Annahme hat, dass die Beschränkungen in deutscher, EU-, US- oder anderer anwendbarer Vorschriften (z.B. Genehmigungspflichten, personen- oder länderbezogenen Sanktionen) unterliegen, uns unverzüglich und vor dem Export, Reexport, der Weitergabe, der Offenlegung oder Bereitstellung des kontrollierten Guts über diese Beschränkungen zu informieren. Der Lieferant soll uns, soweit dem Lieferanten bekannt, darüber informieren, wo diese gelistet sind (z.B. auf der US Commerce Control List) und welche Beschränkungen auf den

Export, Reexport, die Weitergabe, Offenlegung oder Bereitstellung des kontrollierten Guts unter den anwendbaren Vorschriften zutreffen.

2. Der Lieferant soll auf eigene Kosten jegliche staatlichen Bewilligungen, Genehmigungen, Zulassungen, Anmeldungen, Erlaubnisse oder Lizenzen einholen und bewahren, die der Lieferant zum Exportieren, Reexportieren, Weitergeben, Offenlegen oder Bereitstellen von Gütern unter dieser Vereinbarung benötigt.
3. Der Lieferant erkennt weiterhin an, mit uns zu kooperieren, in dem er uns auf Anfrage Informationen und andere Unterstützung, die für die Exportqualifizierung, Exportdokumentation und Exportgenehmigungserteilung (sofern notwendig) des kontrollierten Guts erforderlich sind, bereitstellt.
4. In jedem Fall sichert der Lieferant zu, kontrollierte Güter nicht ohne ausdrückliche vorherige schriftliche Einverständniserklärung von uns zu exportieren, reexportieren, weiterzugeben, offen zu legen oder bereit zu stellen.

§ 16 Abtretung

Der Lieferant ist nicht berechtigt, seine Forderungen aus dem Vertragsverhältnis an Dritte abzutreten. Dies gilt nicht, soweit es sich um Geldforderungen handelt.

§ 17 Anwendbares Recht, Gerichtsstand, Erfüllungsort, salvatorische Klausel

1. Alle Verträge zwischen uns und dem Lieferanten unterliegen dem materiellen Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss der Regelungen des Internationalen Privatrechts und unter Ausschluss der Bestimmungen des UN-Kaufrechts (CISG).
2. Stellt der Lieferant seine Zahlungen ein, wird ein vorläufiger Insolvenzverwalter bestellt oder das Insolvenzverfahren über das Vermögen des Lieferanten eröffnet, so sind wir berechtigt, ganz oder teilweise vom Vertrag zurückzutreten oder den Vertrag zu kündigen. In diesem Fall können wir die für die Weiterführung der Arbeiten vorhandene Einrichtung oder bisher getätigte Lieferungen und Leistungen des Lieferanten gegen angemessene Vergütung in Anspruch nehmen.
3. Sofern der Lieferant Vollkaufmann ist und er im Zeitpunkt der verfahrenseinleitenden Maßnahme seinen Sitz in der Europäischen Union, der Schweiz, Norwegen oder Island hat, ist ausschließlicher Gerichtsstand Landshut für alle Streitigkeiten aus dem oder im Zusammenhang mit der Geschäftsbeziehung zwischen uns und dem Lieferanten. Abweichend hiervon sind wir jedoch berechtigt, an jedem anderen allgemeinen oder besonderen Gerichtsstand Klage zu erheben.
4. Soweit vorstehende Ziffer 3 nicht anwendbar ist, werden alle Streitigkeiten, die sich im Zusammenhang mit dem jeweiligen Liefervertrag oder über seine Gültigkeit ergeben, nach der Schiedsgerichtsordnung der Deutschen Institution für Schiedsgerichtsbarkeit e.V. (DIS) unter Ausschluss des ordentlichen Rechtswegs endgültig entschieden. Der Ort des Schiedsverfahrens ist München. Die Sprache des Schiedsverfahrens ist deutsch.
5. Erfüllungsort ist für alle Verpflichtungen aus der Geschäftsbeziehung ist Landshut.
6. Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages aus Gründen des Rechtes der Allgemeinen Geschäftsbedingungen nach §§ 305 bis 310 BGB ganz oder teilweise unwirksam/nichtig oder nicht durchführbar sein oder werden, gelten die gesetzlichen Regelungen. Sollte eine gegenwärtige oder zukünftige Bestimmung des Vertrages aus anderen Gründen als den Bestimmungen betreffend das Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen nach §§ 305 bis 310 BGB ganz oder teilweise unwirksam/nichtig oder nicht durchführbar sein oder werden, so wird hiervon die Gültigkeit der

übrigen Bestimmungen dieses Vertrages nicht berührt, soweit nicht die Durchführung des Vertrages – auch unter Berücksichtigung der nachfolgenden Regelungen – für eine Partei eine unzumutbare Härte darstellen würde. Das gleiche gilt, wenn sich nach Abschluss des Vertrages eine ergänzungsbedürftige Lücke ergibt. Entgegen einem etwaigen Grundsatz, wonach eine salvatorische Erhaltensklausel grundsätzlich lediglich die Beweislast umkehren soll, soll die Wirksamkeit der übrigen Vertragsbestimmungen unter allen Umständen aufrechterhalten bleiben und damit § 139 BGB insgesamt abbedungen werden. Die Parteien werden die aus anderen Gründen als den Bestimmungen betreffend das Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen nach §§ 305 bis 310 BGB unwirksame/nichtige/undurchführbare Bestimmungen oder ausfüllungsbedürftige Lücken durch eine wirksame Bestimmung ersetzen, die in ihrem rechtlichen und wirtschaftlichen Gehalt der unwirksamen/nichtigen/undurchführbaren Bestimmungen und dem Gesamtzweck des Vertrages entspricht. § 139 BGB (Teilnichtigkeit) wird ausdrücklich ausgeschlossen. Beruht die Nichtigkeit einer Bestimmung auf einem darin festgelegten Maß der Leistung oder der Zeit (Frist oder Termin), so ist die Bestimmung mit einem dem ursprünglichen Maß am nächsten kommenden rechtlich zulässigen Maß zu vereinbaren.

§ 18 Datenschutz

Die Informationspflichten nach Art. 13, 14 DSGVO und weitere Hinweise zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage unter www.exakt-hydraulik.com.

Contents

§ 1 General, Scope of Agreement.....	2
§ 2 Quote, Tender Documents.....	2
§ 3 Prices, Terms of payment.....	3
§ 4 Time of delivery, Delay in delivery.....	4
§ 5 Performance, Delivery, Passing of risk, Default in acceptance	4
§ 6 Quality, Documentation.....	5
§ 7 Inspection of defects, Warranty	5
§ 8 Product liability, Indemnity, Third-party insurance	6
§ 9 Intellectual property rights of third parties	7
§ 10 Recourse against the supplier.....	7
§ 11 Statute of limitation.....	7
§ 12 Replacement parts.....	8
§ 13 Retention of title, Provision of parts, Tools, Confidentiality.....	8
§ 14 Compliance with statutory provisions	8
§ 15 Export control, Import regulations	9
§ 16 Assignment	9
§ 17 Applicable law, Place of jurisdiction, Place of performance, Severability	9
§ 18 Data privacy	10

As far as in the following General Conditions of Purchase the words “we”, “us” or “our” etc. appear these refer always to the exaKT Hydraulik GmbH which has placed the order with the supplier.

§ 1 General, Scope of Agreement

1. Our terms and conditions of purchase only apply to companies in accordance with § 310 (4) of the German Civil Code (BGB) as well as public corporations and special funds under public law.
2. Our purchasing conditions apply exclusively; We do not recognize any terms and conditions of the supplier that conflict with or deviate from our purchasing conditions, unless we have expressly agreed to their validity in writing. Our silence on such deviating conditions in particular does not count as recognition or approval, not even in the case of future contracts. Our terms and conditions of purchase shall apply in place of any general terms and conditions of the supplier even if we accept the supplier's delivery without reservation while being aware of the supplier's terms and conditions that conflict with or deviate from our terms and conditions of purchase or we order after the supplier has indicated the applicability of his general terms and conditions, unless we have expressly waived the application of our purchasing conditions. The exclusion of the general terms and conditions of the supplier also applies if these purchasing conditions do not contain any special provisions for individual regulation points. By accepting our order, the supplier expressly acknowledges that he waives his legal objection derived from the general terms and conditions.
3. All agreements made between us and the supplier for the purpose of executing this contract must be set down in writing.
4. Our purchasing conditions also apply to future business, even if we should not refer to them in individual cases.
5. Individual agreements made with the supplier on a case-by-case basis (including side agreements, additions and changes) always take precedence over these terms and conditions of purchase. A written contract or our written confirmation is decisive for the content of such agreements, subject to proof to the contrary.
6. Legally relevant declarations and notifications by the supplier in relation to the contract (e.g. setting a deadline, reminder, withdrawal) must be in writing, i.e. to be submitted in writing or text form (e.g. letter, email, fax). Statutory formal requirements and other evidence, especially in the event of doubts about the legitimacy of the declaring party, remain unaffected.
7. Our employees are not entitled to add to the content of the contract or to deviate from it. This does not apply to our organs and authorized signatories as well as to the persons authorized by them.
8. References to the validity of legal regulations are only used for clarification purposes. Even without such a clarification, the statutory provisions apply unless they are directly changed or expressly excluded in these purchasing conditions.

§ 2 Quote, Tender Documents

1. Our order is binding at the earliest when it is submitted or confirmed in writing. The supplier must inform us of obvious errors (e.g. typing and calculation errors) and incompleteness of the order including the order documents for the purpose of correction or completion before acceptance; otherwise the contract is deemed not to have been concluded.
2. The supplier is required to confirm our order in writing within a period of 7 working days or, in particular, to execute it without reservation by sending the goods (acceptance).

3. We are entitled to change the time and place of delivery as well as the type of packaging at any time by giving written notice of at least 10 working days before the agreed delivery date. The same applies to changes to product specifications, insofar as these can be implemented within the framework of the normal production process of the supplier without significant additional effort, whereby in these cases the notification period according to the preceding sentence is at least 20 working days. We will reimburse the supplier for any proven and reasonable additional costs incurred as a result of the change. If such changes result in delays in delivery that cannot be avoided in the normal production and business operations of the supplier with reasonable efforts, the originally agreed delivery date will be postponed accordingly. The supplier will notify us in writing of the additional costs or delays in delivery that he can expect from a careful assessment in good time before the delivery date, but at least within 10 working days after receipt of our notification in accordance with sentence 1.
4. We are entitled to terminate the contract at any time by giving a written declaration stating the reason if we can no longer use the ordered products in our business due to circumstances that have arisen after the conclusion of the contract. In this case, we will reimburse the supplier for the partial service he has provided.
5. We reserve property rights and copyrights to our images, drawings, calculations and other documents; they may not be made accessible to third parties without our express written consent. They are to be used exclusively for production based on our order. They are to be kept secret from third parties.

§ 3 Prices, Terms of payment

1. The price shown in the order is binding. Unless otherwise agreed in writing, the price includes delivery "free domicile" including packaging. The return of the packaging requires a special agreement.
2. All prices include the statutory sales tax, if this is not shown separately. The legal value added tax is not included in the price. Unless otherwise agreed in individual cases, the price includes all services and ancillary services of the supplier (e.g. assembly, installation) as well as all ancillary costs (e.g. proper packaging, transport costs including any transport and liability insurance).
3. We can only process invoices if they - in accordance with the specifications in our order - state the order number shown there; The supplier is responsible for all consequences resulting from non-compliance with this obligation, unless he can prove that he is not responsible for them.
4. Unless otherwise agreed in writing, we shall pay the purchase price within 14 days of complete delivery and service (including any agreed acceptance) and receipt of a proper invoice, with a 3% discount or within 60 days of receipt of the invoice net. In the case of bank transfers, the payment is made on time if our transfer order is received by our bank before the payment deadline has expired; We are not responsible for delays caused by the banks involved in the payment process.
5. We do not owe any maturity interest. In the event of default in payment, we owe default interest in the amount of five percentage points above the base rate in accordance with Section 247 of the German Civil Code.
6. We are entitled to rights of set-off and retention as well as the objection of a non-fulfilled contract to the extent permitted by law. In particular, we are entitled to withhold payments due as long as we are still entitled to claims against the supplier from incomplete or defective services.
7. The supplier has a right of set-off or retention only for counterclaims that have been legally established or are undisputed.

§ 4 Time of delivery, Delay in delivery

1. The delivery time stated in the order is binding. Early deliveries are not permitted without prior agreement.
2. The supplier is obliged to inform us immediately in writing of any imminent or actual non-compliance with a delivery date, its causes and the expected duration of the delay. The occurrence of the delay in delivery remains unaffected.
3. If the supplier does not provide his service or does not provide his service within the agreed delivery time or if he is in default, our rights - in particular to withdrawal and compensation - are based on the statutory provisions. In particular, we are entitled to demand compensation instead of performance after a reasonable period has expired without result. If we demand compensation, the supplier has the right to prove that he is not responsible for the breach of duty. The regulations in paragraph 4 remain unaffected.
4. In the event of a delay in delivery, we are entitled - in addition to further legal claims - to assert a contractual penalty of 0.5% of the order value for each week of delay in delivery (excluding sales tax), however the contractual penalty is limited to 5% of the total order value (excluding sales tax). The contractual penalty can be requested in addition to performance. Claims for damages instead of and in addition to the service and the right to withdraw from the contract remain unaffected. However, the contractual penalty is to be offset against any delay damage claimed by us. In the event of the fulfillment of the delivery obligations, we can declare the reservation of the assertion of the contractual penalty until the due date of the final payment.

§ 5 Performance, Delivery, Passing of risk, Default in acceptance

1. Without our prior written consent, the supplier is not entitled to have the services owed by him performed by third parties (e.g. subcontractors). The supplier bears the procurement risk for his services, unless otherwise agreed in individual cases (e.g. limitation to stock).
2. Delivery is "free domicile" to the location specified in the order. If the destination is not specified and nothing else has been agreed, delivery must be made to our place of business. The respective destination is also the place of performance for the delivery and any subsequent performance (obligation to provide). The supplier is obliged to provide adequate transport insurance. With the elimination of the SVS / RVS as of June 30, 1998, any declarations made regarding the ban customers / partial ban are no longer valid. We have been a waiver customer in the freight forwarding agreement since July 1st, 1998.
3. The delivery must be accompanied by a delivery note stating the date (issue and dispatch), content of the delivery (article number and quantity) and our order identifier (date and number). If the delivery note is missing or incomplete, we are not responsible for any resulting delays in processing and payment.
4. The risk of accidental loss and accidental deterioration of the item is transferred to us upon delivery at the place of performance. If acceptance has been agreed, this is decisive for the transfer of risk. The statutory provisions of the law on contracts for work and services also apply accordingly to acceptance. The handover or acceptance is the same if we are in default of acceptance.
5. The statutory provisions apply to the occurrence of our default in acceptance. However, the supplier must also expressly offer us its services if a specific or definable calendar time has been agreed for an action or cooperation on our part (e.g. provision of material). If we are in default of acceptance, the supplier can demand reimbursement of additional expenses in accordance with

the statutory provisions (Section 304 BGB). If the contract concerns an unjustifiable item to be manufactured by the supplier (custom-made product), the supplier is only entitled to further rights if we are obliged to cooperate and are responsible for the failure to cooperate.

6. The supplier is not entitled to make partial deliveries without our prior written consent.
7. Even if shipping has been agreed, the risk is only transferred to us when the goods are handed over to us at the agreed destination.

§ 6 Quality, Documentation

1. The supplier must comply with the recognized rules of technology, the safety regulations and the agreed technical data for his deliveries.
2. After prior written notification, we are entitled to check compliance with these guidelines in the supplier's works by our agents during normal working hours.

§ 7 Inspection of defects, Warranty

1. The statutory provisions apply to our rights in the event of material and legal defects in the goods (including incorrect and short deliveries as well as improper assembly, defective assembly, operating or operating instructions) and for other breaches of duty by the supplier, unless otherwise specified below.
2. According to the statutory provisions, the supplier is particularly liable for ensuring that the goods have the agreed quality when the risk is transferred to us. In any case, those product descriptions which - in particular by designation or reference in our order - are the subject of the respective contract or are included in the contract in the same way as these purchasing conditions apply as an agreement on the quality. It makes no difference whether the product description comes from us, the supplier or the manufacturer.
3. We do not waive warranty claims through acceptance or approval of submitted samples.
4. Notwithstanding Section 442, Paragraph 1 of the German Civil Code, we are entitled to unlimited claims for defects even if the defect was unknown to us at the time the contract was concluded due to gross negligence.
5. The statutory provisions (§§ 377, 381 HGB) apply to the commercial inspection and notification obligation with the following stipulation: Our inspection obligation is limited to defects that emerge during our incoming goods inspection under external assessment including the delivery papers (e.g. transport damage, Wrong and underdelivery) or are recognizable during our quality control in the random sampling procedure. If acceptance has been agreed, there is no obligation to examine. In addition, it depends on the extent to which an investigation is feasible in the normal course of business, taking into account the circumstances of the individual case. Our obligation to notify us for defects discovered later remains unaffected. Irrespective of our duty to inspect, our complaint (notification of defects) is deemed to be prompt and timely if it is sent within 7 working days of discovery or, in the case of obvious defects, of delivery.
6. If we discover a defect in the delivered products, we are entitled to charge a flat fee of € 100 plus sales tax for testing the product and creating a test report. This does not exclude the assertion of higher costs for the inspection and examination of delivered defective goods from the point of view of damages.
7. Subsequent performance also includes the removal of the defective goods and their reinstallation, provided that the goods have been incorporated into another item or attached to another item in

accordance with their type and purpose, our statutory right to reimbursement of corresponding expenses remains unaffected. The supplier bears the expenses necessary for the purpose of testing and subsequent performance even if it turns out that there was actually no defect. Our liability for damages in the event of an unjustified request to remedy defects remains unaffected; In this respect, however, we are only liable if we recognized or did not recognize through gross negligence that there was no defect.

8. Without prejudice to our legal rights and the regulations, the following applies: If the supplier does not meet his obligations for subsequent performance - at our option by removing the defect (repair) or by delivering a defect-free item (replacement delivery) - within one of the following deadlines, if we do not follow a reasonable deadline set by us, we can remedy the defect ourselves and demand compensation from the supplier for the expenses required for this or a corresponding advance payment. If the supplementary performance by the supplier has failed or is unreasonable for us (e.g. due to particular urgency, risk to operational safety or impending occurrence of disproportionate damage), no deadline is required; We will inform the supplier of such circumstances immediately, if possible in advance.
9. In addition, in the event of a material or legal defect, we are entitled to reduce the purchase price or withdraw from the contract in accordance with the statutory provisions. In addition, we are entitled to compensation for damages and expenses in accordance with the statutory provisions.
10. Upon receipt of our written notification of defects by the supplier, the limitation period for warranty claims is suspended until the supplier rejects our claims or declares the defect to have been eliminated or otherwise refuses to continue negotiations on our claims. In the case of replacement deliveries and the removal of defects, the warranty period for replaced and reworked parts begins again, unless we had to assume, based on the supplier's behavior, that the supplier was not obliged to take the action, but only carried out the replacement delivery or removal of defects for reasons of goodwill or similar reasons.

§ 8 Product liability, Indemnity, Third-party insurance

1. If third parties assert claims for damages based on product liability against us, the supplier is obliged to exempt us from such third party claims at the first request if the cause is in his sphere of control and organization and he is himself liable in the external relationship. This is especially the case if the cause of the existing or alleged defect lies in the products delivered by the supplier or if the supplier has failed to inform us of any risks associated with the use and installation of the products delivered by the supplier. This does not exclude the applicability of § 254 BGB. This indemnity obligation does not apply if the claim is based on gross negligence or willful breach of duty on our part.
2. Within the scope of his indemnification obligation, the supplier has expenses according to To reimburse §§ 683, 670 BGB, which result from or in connection with a claim by third parties including recall campaigns carried out by us. We will inform the supplier about the content and scope of recall measures - as far as possible and reasonable - and give him the opportunity to comment. Further legal claims remain unaffected. The validity of § 254 BGB is not excluded.
3. The supplier undertakes to take out product liability insurance with a coverage of € 10 million per personal injury / property damage - lump sum; if we are entitled to further claims for damages, these remain unaffected.

§ 9 Intellectual property rights of third parties

1. The supplier guarantees that the products he supplies do not infringe any third-party property rights in countries of the European Union or other countries in which he manufactures the products or has them manufactured.
2. If half claims are made against us by a third party, the supplier is obliged to release us from these claims upon first written request; we are not entitled to make such agreements with the third party without the consent of the supplier, in particular to conclude a settlement.
3. The supplier's obligation to indemnify relates to all expenses that we incur from or in connection with claims by a third party.
4. Our further legal claims due to legal defects in the products delivered to us remain unaffected. Claims based on legal defects become statute-barred 36 months after the transfer of risk.
5. § 254 BGB applies.

§ 10 Recourse against the supplier

1. We are entitled to our statutory recourse claims within a supply chain (supplier recourse according to §§ 445a, 445b, 478 BGB) in addition to the claims for defects. In particular, we are entitled to demand exactly the type of supplementary performance (repair or replacement delivery) from the supplier that we owe to our customers in individual cases. This does not restrict our statutory right to choose (Section 439 Paragraph 1 BGB).
2. Before we recognize or fulfill a defect claim asserted by our customer (including reimbursement of expenses in accordance with §§ 445a Paragraph 1, 439 Paragraph 2 and 3 BGB), we will notify the supplier and ask for a written statement, briefly explaining the facts. If a substantiated statement is not made within a reasonable period of time and if no amicable solution is found, the claim for defects actually granted by us shall be deemed owed to our customer. In this case, the supplier is responsible for providing evidence to the contrary.
3. Our claims from supplier recourse also apply if the defective goods are received by us or another entrepreneur, e.g. by incorporating it into another product.

§ 11 Statute of limitation

1. The mutual claims of the contracting parties expire in accordance with the statutory provisions, unless otherwise specified below.
2. Deviating from Section 438 (1) No. 3 BGB, the general limitation period for claims for defects is 3 years from the transfer of risk. If an acceptance has been agreed, the limitation period begins with the acceptance. The year limitation period applies accordingly to claims arising from defects of title, whereby the statutory limitation period for real claims for surrender by third parties (Section 438 (1) No. 1 BGB) remains unaffected; In addition, claims based on defects of title do not become statute-barred as long as the third party can still assert the right against us - especially in the absence of a statute of limitations.
3. The statute of limitations of the sales law including the above extension apply - to the legal extent - for all contractual claims for defects. Insofar as we are also entitled to non-contractual claims for damages due to a defect, the regular statutory limitation (§§ 195, 199 BGB) applies, unless the application of the limitation periods of the sales law in individual cases leads to a longer limitation period.

§ 12 Replacement parts

1. The supplier is obliged to keep spare parts for the products delivered to us for a period of at least 15 years after delivery.
2. If the supplier intends to discontinue the production of spare parts for the products delivered to us, he will inform us of this immediately after the decision to discontinue. This decision must - subject to paragraph 1 - be made at least 12 months before production is discontinued.

§ 13 Retention of title, Provision of parts, Tools, Confidentiality

1. If we provide parts to the supplier, we reserve title to them. Processing and transformation by the supplier are carried out for us. If our reserved goods are processed with other items that do not belong to us, we acquire co-ownership of the new item in the ratio of the value of our item (purchase price plus VAT) to the other processed items at the time of processing.
2. If the item provided by us is inseparably mixed with other items that do not belong to us, we shall acquire co-ownership of the new item in the ratio of the value of the reserved item (purchase price plus VAT) to the other mixed items at the time of mixing. If the mixing takes place in such a way that the supplier's item is to be regarded as the main item, it is agreed that the supplier shall transfer a proportion of the joint ownership to us; the supplier shall keep the sole ownership or joint ownership for us.
3. We reserve title to tools; the supplier is obliged to use the tools exclusively for the production of the goods we have ordered. The supplier is obliged to insure the tools belonging to us at replacement value at his own expense against fire, water and theft damage. At the same time, the supplier hereby assigns to us all claims for compensation from this insurance; We accept the assignment. The supplier is obliged to carry out any necessary maintenance and inspection work as well as all maintenance and repair work on our tools in good time at his own expense. He must notify us immediately of any malfunctions; if he culpably fails to do so, claims for damages remain unaffected. The supplier is obliged to return the tools we own to us upon first request. In relation to us, the supplier is considered to be the servant of such tools; he is not entitled to his own right of possession. Any rights of retention of the supplier to such tools are excluded - regardless of the legal reason.
4. The supplier is obliged to keep all images, drawings, calculations and other documents and information received strictly confidential. They may only be disclosed to third parties with our express consent. The confidentiality obligation also applies after this contract has been completed; it expires if and to the extent that the manufacturing system contained in the illustrations, drawings, calculations and other documents has become generally known.
5. Insofar as the security interests to which we are entitled in accordance with paragraph 1 and / or paragraph 2 exceed the purchase price of all our unpaid reserved goods by more than 10%, we are obliged to release the security interests at our discretion at the request of the supplier.

§ 14 Compliance with statutory provisions

1. In connection with each delivery item or each service provided, the supplier must ensure compliance with all statutory provisions, ordinances and other regulations, in particular all safety and environmental provisions. In particular, the regulations of the European directives must be observed for all deliveries.

2. The supplier is obliged to comply with the requirements and obligations in connection with substance bans in accordance with statutory provisions and ordinances for each individual delivery item. This applies in particular to the requirements and obligations of the REACH regulation EC No. 1907/2006, the RoHS directive RL 2011/65 EU in its currently applicable version, including the respective changes and additions, and their implementation in national law by the member states of the EU . At our request, the supplier will provide us with written product-specific declarations of conformity, which also apply to our customers and which we can pass on to our customers.
3. The supplier is obliged to adhere to the relevant export restrictions and to notify us in writing of any authorization requirements for (re-) exports of his goods in accordance with German, European and US export and customs regulations as well as the export and customs regulations of the country of origin of his goods immediately upon ordering to inform. The supplier will reimburse us for all additional costs and other damage that we incur due to incomplete or incorrect information, insofar as it is responsible for these.

§ 15 Export control, Import regulations

1. The supplier acknowledges and undertakes, in the event of an intended provision of information, products, goods, materials, services or technology (hereinafter referred to as goods) to us, of which the supplier is aware or, after careful examination, gives reason for acceptance has that the restrictions in German, EU, US or other applicable regulations (e.g. licensing obligations, personal or country-related sanctions) are subject to us immediately and before the export, re-export, transfer, disclosure or provision of the controlled goods via them Inform about restrictions. As far as the supplier is aware, the supplier should inform us where these are listed (e.g. on the US Commerce Control List) and which restrictions apply to export, re-export, the transfer, disclosure or provision of the controlled goods under the applicable regulations.
2. The supplier shall, at its own expense, obtain and retain any stately authorizations, permits, approvals, registrations, permits or licenses that the supplier may need to export, re-export, pass on, disclose or provide goods under this agreement.
3. The supplier further acknowledges that he will cooperate with us by providing us with information and other support on request that are required for the export qualification, export documentation and issuing of export permits (if necessary) for the inspected goods.
4. In any case, the supplier guarantees that it will not export, re-export, pass on, disclose or make available controlled goods without our express prior written consent.

§ 16 Assignment

The supplier is not entitled to assign his claims from the contractual relationship to third parties. This does not apply if it is a question of money claims.

§ 17 Applicable law, Place of jurisdiction, Place of performance, Severability

1. All contracts between us and the supplier are subject to the substantive law of the Federal Republic of Germany, excluding the provisions of international private law and excluding the provisions of the UN Sales Convention (CISG).

2. If the supplier suspends his payments, if a preliminary insolvency administrator is appointed or if insolvency proceedings are opened against the supplier's assets, we are entitled to withdraw from the contract in whole or in part or to terminate the contract. In this case, we can make use of the facilities available for the continuation of the work or the deliveries and services provided by the supplier up to now against reasonable remuneration.
3. If the supplier is a registered trader and has his seat in the European Union, Switzerland, Norway or Iceland at the time of the initiation of the procedure, the exclusive place of jurisdiction for all disputes arising from or in connection with the business relationship between us and the supplier is the seat of Landshut (Germany). Notwithstanding this, however, we are entitled to take legal action at any other general or special place of jurisdiction.
4. As far as the preceding paragraph 3 is not applicable, all disputes that arise in connection with the respective delivery contract or about its validity will be finally decided in accordance with the arbitration rules of the German Institution for Arbitration (DIS), excluding the ordinary legal process. The place of arbitration is Heilbronn. The language of the arbitration is German.
5. The place of performance for all obligations arising from the business relationship is the seat Landshut (Germany).
6. Should a provision of this contract be or become wholly or partially ineffective / void or not feasible for reasons of the law of the general terms and conditions according to §§ 305 to 310 BGB, the statutory regulations apply. Should a current or future provision of the contract be or become wholly or partially ineffective / void or unenforceable for reasons other than the provisions relating to the law of the general terms and conditions according to §§ 305 to 310 BGB, the validity of the remaining provisions of this contract shall apply not affected, unless the execution of the contract - also taking into account the following regulations - would represent an unreasonable hardship for one party. The same applies if there is a gap that needs to be filled after the contract has been concluded. Contrary to any principle according to which a severability maintenance clause is basically only intended to reverse the burden of proof, the validity of the remaining contractual provisions should be maintained under all circumstances and thus § 139 BGB should be waived altogether. The parties will replace the ineffective / void/ unenforceable provisions or gaps that need to be filled for reasons other than the provisions relating to the law of the general terms and conditions according to §§ 305 to 310 BGB with an effective provision, which in its legal and economic content of the ineffective / void / unenforceable provisions and the overall purpose of the contract. § 139 BGB (partial invalidity) is expressly excluded. If the invalidity of a provision is based on a measure of performance or time (deadline or date) specified therein, the provision must be agreed with a legally permissible measure that comes closest to the original measure.

§ 18 Data privacy

The information requirements according to Art. 13, 14 GDPR and further information on data protection can be found on our website at <https://www.weber-hydraulik.com/datenschutz/> in section 1.5 Suppliers / Customers.